

Ausschussdrucksache
(27.02.2025)

Inhalt

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses
am 27. Februar 2025 zum

Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025
- Drucksache 8/4498 -

in Verbindung mit:

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt
für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)**
- Drucksache 8/4499 -

hierzu

**Zahlenwerk zum Nachtrag
zum Haushaltsplan Mecklenburg-Vorpommern 2025**
- Drucksache 8/4500 -

hier: 10. Hanse- und Universitätsstadt Rostock,
Senatsbereich für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule

Fragenkatalog

Öffentliche Anhörung
zum
Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025
- Drucksache 8/4498 -

in Verbindung mit

Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)
- Drucksache 8/4499 -

in Verbindung mit

ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025
- Drucksache 8/4500 -

- 1) Wie beurteilen Sie den Nachtragshaushalt mit Blick auf die finanziellen Herausforderungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern?
 - *negative finanzielle Rahmenbedingungen machen diesen notwendig*
- 2) Wie bewerten Sie den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetz 2025 insgesamt?
 - *die vier Maßnahmen werden befürwortet, Wirkung entfaltet sich jedoch nur kurzfristig*
- 4) Welche weiteren Handlungsbedarfe sind aus Ihrer Sicht notwendig?
 - *Das strukturelle Defizit muss aufgezeigt werden und geeignete Maßnahmen zur Überwindung gemeinsam definiert und umgesetzt werden*
 - *langfristige und realistische Einzahlungspotentiale müssen erschlossen werden*
 - *Attraktivität für Investitionen erhöhen*
 - *Investitionen in neue Anreize setzende und Kosten optimierende Infrastruktur*
 - *Pflege der vorhandenen Infrastruktur durch frühzeitige Maßnahmen anstelle steter Komplettsanierungen*
- 5) Welche Gründe sehen Sie für den durch den Zensus festgestellten Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern?
 - *Der Bevölkerungsrückgang ist auch in anderen strukturschwachen Regionen festzustellen. Sogar europaweit lässt sich beobachten, dass es neben einem Wachstum in den Metropolregionen Schwund in ländlichen Regionen gibt*
 - *multidimensionale Herausforderungen und Krisen (Inflation, Corona, Kriege, Klimawandel etc.) führen zu Unsicherheiten und Ängsten bezüglich Zukunfts- und Kinderplanung*
 - *Große Verunsicherung und Zukunftsängste führen zudem zu einer deutlich niedrigeren Geburtenrate und Kinderlosigkeit erhöht die Bereitschaft zum Wohnortwechsel*
 - *Bsp. Rostock: hohe Segregation, extrem angespannter Wohnungsmarkt*

- *Menschen/ Familien können nicht Wohnraum mieten/kaufen/leisten wo benötigt*
 - *Wohnraum für junge Familien eine große finanzielle Herausforderung*
- 6) Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht notwendig um die Abwanderung, insbesondere von Ausländern und jungen Menschen, aus dem Bundesland zu stoppen?
- *mehr attraktive Arbeitsmöglichkeiten besonders für Berufsanfänger (Ausbildung/Studium)*
 - *Lohnniveau in MV attraktiver gestalten und Schließen der Lohnlücke*
 - *massiv mehr Wohnraum im sozialen und mittelpreisigen Wohnsegment*
 - *schnellere und unbürokratische Arbeitserlaubnis für Geflüchtete*
 - *Echte Willkommenskultur für alle Menschen in MV*
- 7) Welche Möglichkeiten sehen Sie zur verbesserten Integration von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern?
- *schnellere und unbürokratische Arbeitserlaubnis für Geflüchtete sowie bessere Anerkennung von Berufsabschlüssen*
 - *bessere gut erreichbare Unterbringungsmöglichkeiten, möglichst dezentral*
 - *Asylverfahren beschleunigen und realistischer Umgang mit Duldungen*
 - *Prüfung von Zusammenarbeit Kommunen und Arbeitgeber*
 - *Senkung der Anforderungen an das Sprachniveau, insbesondere im Helferbereich*
- 8) Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Mecklenburg-Vorpommern als Zielland von Binnenmigration innerhalb Deutschlands attraktiver zu machen?
- *Schaffung attraktiver Arbeitsplätze in allen Segmenten*
 - *Lohnniveau in MV attraktiver gestalten*
 - *Infrastruktur fördern, insbesondere öffentlicher Personenverkehr*
 - *Sicherstellung und Wiederherstellung gesicherter medizinischer Versorgung*
 - *Grunderwerbssteuer für Personen mit ständigem Wohnsitz in MV reduzieren*
- 9) Wie beurteilen Sie die Ausgestaltung des Instrumentes der Globalen Minderausgaben?
- *als Planwert zur Abbildung eines ausgeglichenen Haushaltes sinnvoll*
- 10) Wie ließe sich nach Ihrer Auffassung mehr Transparenz bei den Globalen Minderausgaben herstellen?
- *Es handelt sich um eine Frage zur Kommunikation. Es empfiehlt sich nach häufiger Erfahrung, dass Notwendigkeiten, Ziele und erhoffte Wirkung klar vermittelt werden.*
- 11) Wie bewerten Sie den Rückgriff in das Sondervermögen „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“?
- *hilfreiches Instrument in angespannter Haushaltssituation, ansonsten möglichst zu vermeiden*

- 12) Wie bewerten Sie die Änderungen am Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“,
- a) Im Hinblick auf den zusätzlichen Verwendungszweck?
- *hilfreiches Instrument, um Mindereinnahmen aus dem Zensus 2022 aufzufangen*
- b) Im Hinblick auf die Streichung des Mindestbestandes in Höhe von 200 Millionen Euro und die Möglichkeit auch in einer konjunkturellen Normallage (nach § 18 Absatz 2 LHO) darauf zugreifen zu können?
- *Zugriff bei Normallage kann nicht befürwortet werden*
- 13) Wie wird sichergestellt, dass ein so massiver Eingriff in die Gesetze Mecklenburg-Vorpommerns, wie eine Zweckerweiterung der „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ von der Bevölkerung mitgetragen wird und gibt es einen konkreten Plan dafür, wie und wann diese immensen Summen zurückgeführt werden sollen?
- *Kommunikation, das vollständige Handlungsfähigkeit des Landes nur bei entsprechender geplanter Ausfinanzierung möglich ist*
 - *Wirtschaftswachstum, Steuererhöhungen, Einsparungen z.B. im Kitabereich (Demografischer Wandel), Digitalisierung, Sozialraumorientierung führen zu mittelfristiger Entlastung*
 - *Vermutlich wird den meisten Menschen das Thema nicht direkt unter den Nägeln brennen, da sie in erster Linie ein Land zum gut leben erwarten und dass die dafür erforderlichen Dinge getan werden*
- 14) Wie bewerten Sie die Aussetzung der Tilgung der „Corona-Kredite“?
- *kurzfristig notwendig*
 - *langfristig unkalkulierbare Zinsen*
 - *Daher finanziell risikoreich*
 - *ohne Tilgung kein Vermögenszuwachs*
- 15) Wie bewerten Sie die dafür notwendige Änderung des Kredittilgungsplangesetzes 2020, auch vor dem Hintergrund, dass die Landeshaushaltsordnung in § 18 Abs. 8 vorgibt, dass zeitgleich zur Kreditaufnahme ein Tilgungsplan verbindlich festzulegen ist?
- *wird aus Notwendigkeit befürwortet*
 - *Kredit soll bis 2044 bei gleichbleibenden jährlichen Beträgen abbezahlt werden (Vermeidung Generationenkonflikt)*
- 16) Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Investitionsquote?
- *nicht aussagefähig*
- 17) Wie lässt sich die staatliche Investitionsquote in einen Zusammenhang zur privaten Investitionsquote stellen?

- *staatliche Investitionen sind häufig Motor für private Investitionen*
 - *private Investitionen sollen mittel- bis langfristig größeren Anteil ausmachen*
 - *staatliche Investitionen sollten zielgenau in Voraussetzungen privater Investitionen fließen z.B. Verkehrsinfrastruktur oder öffentliche Bedarfe abdecken z.B. Bildung, Gesundheit*
- 18) Wie und woher sollen die schon jetzt zusätzlichen 30 Millionen Euro im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und die noch zukünftig zu erwartenden Millionen Euro für weitere Flüchtlingsaufnahmen finanziert werden?
- *Wirtschaftswachstum, Schließung von Steuerschlupflöchern, Steuererhöhungen*
 - *Bereits seit 2024 sind drastische Rückgänge der Zuwanderung zu erkennen, so dass nicht von einem stetigen weiteren Anstieg auszugehen sein kann*
 - *Bestehende Infrastrukturen sollten unkompliziert auch für andere Nutzungen verfügbar sein*
- 19) Was plant die Landesregierung konkret, um den Mehrbedarf von 118,1 Millionen Euro für Sozial- und Eingliederungshilfe aufzuhalten bzw. vollumfänglich zu stoppen?
- *Eine Task Force zur Senkung der Sozialausgaben wurde gebildet und hat begonnen zu arbeiten. Kommunale Vertreterinnen und Vertreter haben dort umfassend Vorschläge unterbreitet*
 - *Kann darüber hinaus durch Kommune nicht beantwortet werden, da direkt das Land angesprochen ist*
- 20) Welche konkreten Maßnahmen sind seitens der Landesregierung geplant, um die seit Jahren überproportional ansteigenden Ausgaben für gesetzliche soziale Leistungen nachhaltig zu reduzieren?
- *Kann durch Kommune nicht beantwortet werden, da direkt das Land angesprochen ist*
- 21) Wie ist die Situation der Einnahmen des Landes aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen vor dem Hintergrund der Steuerschätzung im Oktober 2024 sowie der aktuellen Konjunkturprognose der Bundesregierung insgesamt zu bewerten?
- *deutlich niedrigere Einnahmen stellen großes Risiko für die Ausfinanzierung der Handlungsfähigkeit dar*
 - *Ohne Einnahmeerhöhungen keine weitere strukturelle Belastung des Haushalts mehr möglich*
- 22) Welche finanzpolitische Strategie des Landes wäre in der aktuellen haushaltspolitischen Situation ratsam?
- *Erschließen zusätzlicher Einnahmequellen (Steuern besser eintreiben und ggf. neu regeln)*
 - *Prüfung von Subventionen auf Wirtschaftlichkeit*
 - *Haushaltskonsolidierung*

- 23) Worin bestehen die mittel- bis langfristigen Herausforderungen hinsichtlich der Einnahmen des Landes aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen?
- *Mindereinnahmen führen zu sinkender Handlungsfähigkeit*
- a) Welche Auswirkungen sind bspw. durch die demographische Entwicklung zu erwarten?
- *weniger Steuerpflichtige, Verschlechterung des Haushaltes*
 - *Höhere Grundkosten der allgemeinen Infrastruktur*
- 24) Wie sollte das Land auf die mittel- bis langfristigen Herausforderungen reagieren?
- *Wirtschaftswachstum, Verbesserung der Steuereinnahmen und Steuererhöhungen, Einsparungen im Verwaltungshandeln, Digitalisierung, Sozialraumorientierung führen zu mittelfristiger Entlastung*
- 25) Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach zu treffen, um in Zukunft eine positive Steuereinnahmenentwicklung der Kommunen und des Landes zu fördern?
- *Wirtschaftswachstum fördern*
 - *Einnahmequellen erschließen*
 - *Konsequente Nutzung der Digitalisierung*
 - *gerechte vertikale und horizontale Verteilung*
- 26) Inwieweit berücksichtigt das Land Ihrer Meinung nach die Steuereinnahmesituation der Gemeinden bei der zukünftigen Finanzstärke der Gemeinden?
- *Bislang vergangenheitsbezogene Betrachtung von Zahlungsströmen/ Finanzrechnung in der kommunalen Gesamtheit.*
- a) Sollten aus Ihrer Sicht vom Land verursachte Mindereinnahmen kompensiert werden?
- *Ja, siehe Abschaffung Straßenausbaubeiträge, kostenfreie Kita usw.*
- 27) Wie schätzen Sie die finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Kreise im Jahr 2025 ein?
- *Deutschlandweit kritische öffentliche Finanzlage*
 - *marginale Einnahmen stehen explodierenden Ausgabenlasten gegenüber*
 - *strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen wird Handlungs- und Investitionsfähigkeit in den nächsten Jahren akut gefährden*
 - *Haushalte entwickeln sich zunehmend negativ, ohne das mittelfristige Verbesserung erwartet wird*
 - *dauernde Leistungsfähigkeit wird als eingeschränkt bzw. gefährdet eingestuft*

- 28) Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die finanzielle Situation der Grundzentren und der kleineren Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern da?
- *nicht aussagefähig*
- 29) Wie bewerten Sie die Folgen des Nachtragshaushalts 2025 für die Kommunen?
- *Bsp. Rostock: nachteilige Auswirkung in DHH 24/25*
 - *Mindereinnahmen durch Finanzausgleichsleistungen von ca. 8 Mio. EUR bei explodierenden Ausgabenlasten*
 - *im Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes (Drs. 8/4498, Artikel 3 (S. 6) ist die einmalige Sonderzuweisung in 2025 i. H. v. 5 Mio. EUR nur an die Landkreise enthalten (namentliche Aufzählung der sechs Landkreise) und soll "... um einen entsprechenden Aufstockungsbetrag des Landes zugunsten der FAG-Masse 2025 umgesetzt ..." werden (sh. Drs. 8/ 4498, Begründung, S. 10)*
 - *dabei entsteht eine Besserstellung der Kindertagesförderung der Landkreise (Betrag übersteigt 55,22%-Anteilsfinanzierung des Landes)*
- 30) Welche Folgen haben die absehbaren Veränderungen der kommunalen Finanzausstattung erstens für die Haushaltsplanung der Kommunen insgesamt und zweitens für die Investitionsplanung sowie drittens für die Finanzierung freiwilliger Leistungen?
- *Einschränkung kommunaler Handlungs- und Investitionstätigkeit*
 - *Haushaltssicherungskonzepte mit erheblichen Einschnitten*
 - *finanzielle Optimierung, Einsparungen, Prioritätensetzung der Aufgabenwahrnehmung*
 - *Einfrieren und Rückführen des Personalbestands*
 - *Prüfung von Pflichtaufgaben*
 - *Freiwillige Leistungen werden im Besonderen auf Wirtschaftlichkeit geprüft*
- 31) Wie bewerten Sie die Folgen des Nachtragshaushalts 2025 und der absehbaren Veränderungen der kommunalen Finanzausstattung für die Kommunen vor dem Hintergrund der Ziele der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern von 2019?
- *nicht aussagefähig*
- 32) Wie müsste das Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern aus Ihrer Sicht fortentwickelt werden?
- *nicht aussagefähig*
- 33) Wie hoch schätzen Sie die noch bestehende Infrastrukturlücke auf Ebene der Städte, Gemeinden und Kreise jeweils ein?
- *nicht aussagefähig*
- 34) Welche finanziellen Bedarfe sehen Sie, um die Investitionstätigkeit der Kommunen auf dem bisherigen Niveau zu halten bzw. für eine Schließung der Infrastrukturlücke zu steigern?
- *ca. 60 Mio. EURO jährl. ohne Sonderprojekte*

35) Wie haben sich Ihrer Einschätzung nach die Kosten für Investitionsmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren entwickelt?

- *Verteuerung der Baukosten von rund einem Viertel allein zwischen 2022-2024*
- *schlechter Vergleichszeitraum wegen Auswirkung CORONA-Pandemie, Ukraine*
- *Allgemein steigende Kosten einzelner Investitionsmaßnahme und steigende Anzahl von Investitionsmaßnahmen*

36) Gibt es Ihrer Kenntnis nach Gründe für die hohen Baukostensteigerungen neben dem Preisanstieg bei Baumaterialien und Personal?

- *Wie bereits in der Frage ausgeführt besteht ein wesentlicher Anteil der Baupreissteigerungen aus den gestiegenen Personal und Materialkosten. Hiermit in direktem Zusammenhang stehen auch gestiegenen Planungskosten sowie Prüfgebühren, die direkt an die Baukosten gekoppelt sind. Weitere Faktoren die zu steigenden Baukosten führen können wir wie folgt angeben:*

- *Fortwährend steigende Anforderungen an die energetische Ausbildung der Gebäude (GEG)*
- *Steigende Anforderungen an die technische Gebäudeausrüstung deren Ursache in mehreren Faktoren liegt:*
- *Direkte Konsequenzen aus dem GEG (Energieerzeugungsanlagen, Lüftungsanlagen, etc.)*
- *Nutzungsspezifische Anforderungen (Digitalisierung, mögliche Doppelnutzungen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Anforderungen, erhöhte Anforderungen an die Gebäudeautomation aufgrund Vielzahl der technischen Einbauten und deren Regelung sowie behördlicher Auflagen zur Meldung von Verbrauchsdaten • Erhöhung der Aufenthaltsqualität in Verbindung mit pädagogischen Konzepten)*
- *Gesamtkonzeptionell gibt es keine bauliche Standardisierung, es handelt sich um projektbezogene Individualbauten*
- *Anforderungen aus behördlichen Auflagen und Zwängen (LAGuS, Unfallkasse, Trinkwasserhygiene, Artenschutz, Baumschutz, Akustik, etc.) und damit verbunden erhöhten Kosten für Gutachten und spezialisierten Bauüberwachungsleistungen und Baukosten*
- *Anpassung gesetzlicher Regularien bezüglich der Wiederverwendung von Baustoffen und Einsparungen von CO2 Emissionen, hier im Besonderen die im letzten Jahr novellierte und eingeführte Mantelverordnung (Thema Erdaushub)*
- *Zusätzlich zu den gestiegenen Personalkosten ist ein deutlicher Rückgang von Fachkräften sowohl im Baubereich als auch im Planungsbereich zu verzeichnen, welche sich auf die angebotenen Preise, die Bauzeit und die Qualität auswirkt*
- *Stark steigende Aufwendungen in der Gebäudeunterhaltung die aus vorgenannten Punkten resultieren*

37) Wie sollte aus Ihrer Sicht das Instrument der Infrastrukturpauschale weiterentwickelt werden?

- *pauschale Förderung ohne Zweckbindung (nicht gut gelungen Schulbauprogramm)*
- *gerechte Verteilung der Mittel*

- *daneben eigenständige Entscheidung der Kommunen über investiven Einsatz von Schlüsselzuweisungen*
- 38) Mit welchen Herausforderungen sehen sich die kommunalen Schulträger bei Planung und Umsetzung von Schulbauten derzeit konfrontiert und welche konkreten Probleme gibt es aktuell bei der Sanierung bzw. dem Neubau von Schulen?
- *Zum Teil kann diese Frage mit den in Frage 36 aufgeworfenen Antworten beantwortet werden. Hier sei nochmal im Besonderen auf den aufwendigen Planungsprozess mit einer Vielzahl fachlich Beteiligter hingewiesen, die den Zeitbedarf für eine genehmigungsfähige Planung erhöhen. Weiterhin ist festzustellen, dass durch die Beteiligung verschiedenen Ämter im Planungsprozess auf Nutzerseite (resultierend aus der fachlichen Zuordnung) ein nicht unerheblicher Mehraufwand zur Abstimmung notwendig ist. Ein weiterer Punkt ist die unklare Entwicklung der Bevölkerungsprognose mit verlässlichen Schülerzahlen, die auch den Umstand der städtebaulichen Entwicklung abdeckt. Im speziellen hat die Hansestadt Rostock sanierungsbedürftige Schulen im Innenstadtbereich die einer gesamtkonzeptionellen Abstimmung bedürfen. Dahinter steht ein Investitionsbedarf von mehr als 250 Millionen Euro, allein im Innenstadtbereich.*
- 39) Mit Mitteln in welcher Größenordnung müsste das Land über die bestehenden Schulbauprogramme des Landes und Bundesfinanzhilfen hinaus die Schulträger in den Jahren 2026 bis 2030 jeweils über ein zweckgebundenes Förderprogramm unterstützen, damit der Neubau- und Sanierungsbedarf für Schulbauten in Mecklenburg- Vorpommern planmäßig bis 2030 vollständig realisiert werden kann?
- *Für den genannten Zeitraum können wir derzeit einen Bedarf von mehr als 250 Millionen Euro allein für Rostock ableiten. Die Folgekosten durch deutlich gestiegene Mieten sind dabei nicht berücksichtigt.*
- 40) Wie bewerten Sie aktuell die Finanzierung des übertragenen Wirkungskreises?
- *Wir plädieren deutlich für eine Ist-Kosten-Abrechnung,*
 - *Vergleichsgruppe kreisfreier Städte (2) führt zu unbilligem Verteilungsergebnis*
 - *im Bereich der Kostenerstattung nach dem AG SGB IX und XII ist eine Angleichung der Refinanzierungsquote (mindestens auf 82,5% analog der Landkreise) bis hin zur oben genannten Ist-Kostenabrechnung (100% des Leistungsgeschehens) notwendig. Ich gehe auch von einer deutlich wirtschaftlicheren Vorgehensweise anderer EGH-Träger bei gleichen Finanzierungsmechanismen aus. Hier wäre auch ein Bonus-Malus-System vorstellbar.*
- 41) Wie bewerten Sie die Finanzierung der Kosten der Kindertagesförderung und weiteren sozialer Leistungen?
- *HRO beklagt mit Einführung der beitragsfreien Kita und der Anteilsfinanzierung der Kosten der Kindertagesförderung eine Unterfinanzierung der Kommunen durch die Nichteinhaltung des Konnexitätsgrundsatzes*
 - *Bestätigung durch das Ergebnis des KiföG-Gutachtens von Prof. Dr. Brüning: Anfangsfinanzierungslücke im KiföG ab 2020 (vertraulicher Entwurf)*

42) Wie bewerten Sie die von Städte- und Gemeindetag und Landkreistag im Nachgang zum Kommunalgespräch am 22.11.2024 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der Steuerungs- und Kontrollrechte im KiföG M-V?

a) Welche finanziellen Effekte könnten mit den einzelnen Maßnahmen bzw. dem gesamten Maßnahmenpaket Ihrer Einschätzung nach erreicht werden?

- *Stärkung der Steuerungs- und Kontrollrechte im Kindertagesfördergesetz (KiföG) Mecklenburg-Vorpommern (M-V) ist entscheidend für die Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung*
- *Größere Einsparungen mit Blick auf Inanspruchnahme anstelle belegter Plätze würde vollständige Änderung der Finanzierung erfordern und wahrscheinlich das System destabilisieren.*
- *Einführung strengerer Qualitätsstandards und Kontrollmechanismen*
- *zunächst erhöhte Verwaltungskosten und Personalbedarf denkbar*
- *langfristige bessere Ausbildungsqualität*
- *frühe Investition in Bildung führt nachweislich zu geringeren Langzeitkosten im Bildungssystem*
- *erweiterte Kontrolle ermöglicht effizientere Verwendung vorhandener Mittel*
- *transparente und nachvollziehbare Mittelverteilung stärkt Vertrauen und Akzeptanz der Maßnahmen*
- *Förderung von Chancengleichheit und Bildungsqualität führt zu gesamtgesellschaftlichen Einsparungen*

43) Wie bewerten Sie die im Nachtragshaushaltsgesetz 2025 auf Drucksache 8/4499 unter „2. Maßnahmen zur stärkeren Steuerung der Sozialausgaben“ aufgeführten geplanten Prüfvorhaben?

a) Welche finanziellen Effekte könnten mit den einzelnen Maßnahmen Ihrer Einschätzung nach erreicht werden?

- *effiziente Mittelverwendung führt zu potentiellen finanziellen Entlastungen*
- *Prüfung der signifikant gestiegenen Sozialleistungen kann Einsparungspotential aufzeigen*
- *Fokussierung von Sozialleistungen kann zu langfristig sinkenden Ausgaben führen*
- *digitale Verwaltungsverfahren optimieren Antragsbearbeitung und –verwaltung*
- *verbesserte Zugänglichkeit von Sozialleistungen*
- *reduzierte Verwaltungskosten*
- *durchdachtes Monitoring-System minimiert Fehlanreize*

44) Welche weiteren bzw. darüberhinausgehenden Änderungen bei der gesetzlichen Regelung von Sozialleistungen bzw. bei der Steuerung und Kontrolle von Sozialausgaben wären Ihrer Einschätzung nach möglich bzw. erforderlich?

- *Anpassung/ Prüfung/ Korrektur der Standards in Landesrahmenverträge insbesondere im SGB IX, z.B.*
- *Rücknahme der Absenkung der Jahreskontaktstunden je Vollzeitkraft*
- *Neukalkulation von Fahrtkosten je Einsatz anstatt je FLS*
- *Korrektur der pauschalen Personalschlüssel für Leitung, Betreuung und begleitende Dienste in WfbM*

- *kalkulatorische Höhe des Auslastungsgrades in Tagesgruppen erhöhen*
 - *Besonders wichtig erscheint mir die drastische Erhöhung präventiver Maßnahmen und früher niedrighschwelliger Hilfen. Diese sind jedoch meist bedingt pflichtig oder freiwillig, so dass sie in der Finanzplanung oft zurückstehen müssen. Im Ergebnis sehen wir häufig schwerere Fallverläufe mit längeren Laufzeiten und deutlich höheren Kosten.*
- a) Welche finanziellen Effekte könnten Ihrer Einschätzung nach damit erreicht werden?
- *Höhere Einzahlungen und geringere Auszahlungen führen zu Verbesserung des Haushaltes*
- 45) Welche organisatorischen Voraussetzungen sind aus Ihrer Sicht auf Seiten der Landesregierung zu treffen, damit die Verwaltungsdigitalisierung insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern effizienter umgesetzt werden kann?
- *Kompatible Softwarelösungen, insbesondere für Kommunikation und Übermittlung digitaler Dokumente*
- 46) Wie sind aus Ihrer Sicht die bisherigen Bemühungen des Landes bei der Digitalisierung der Landesverwaltung zu bewerten?
- *Angebote Abrechnungen digital ans Land zu übertragen wurden abgelehnt*
- 47) Welche Defizite bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern sind besonders hervorzuheben?
- *konsequenter Wille zur Digitalisierung ist nicht deutlich genug spürbar*
 - *Ein Angebot könnte eine rechtskonforme Datenaustauschplattform sein, die von Land und Kommunen sowie Trägern gemeinsam genutzt werden kann, um den Druck und Versand von Unterlagen auf das erforderliche Maß zu reduzieren und die fehlerfreie Übernahme eingereichter Unterlagen bei Einsparung von Personaleinsatz zu ermöglichen.*
- 48) Welche organisatorischen, rechtlichen und sonstigen Änderungen – einschließlich einer etwaigen Aufgabenübertragungen auf die kommunale Ebene – wären erforderlich, um die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen zu beschleunigen?
- *synchronisierbare IT-Infrastruktur zwischen Land und Kommune*
 - *landesweit kompatible Softwarelösungen*
- 49) Wie beurteilen Sie die derzeitige und mittelfristig zu erwartende Leistungsfähigkeit und Effizienz der Landesverwaltung?
- *nicht aussagefähig*
- 50) Welche organisatorischen, rechtlichen und sonstigen Änderungen wären geeignet, die Leistungsfähigkeit und Effizienz der öffentlichen Verwaltungen im Land zu steigern?
- *nicht aussagefähig*

51) Wie bewerten Sie mit Blick auf die demographische Entwicklung die Personalentwicklung in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen?

- *Stellenwegfall durch altersbedingten Ruhestand*
- *Attraktivität für junge Personen notwendig*
- *Externes Personal anwerben*
- *Strukturierte Stellenübergabe mit rechtzeitiger Einarbeitung durch Vorgänger/-in*
- *weniger Fokus auf Qualifikationsscheine, mehr auf Arbeitserfahrung und persönliche Eignung (Orientierung am DQR)*

52) Wie bewerten Sie die aus der Mittelfristigen Finanzplanung zu entnehmende Personalentwicklung in den Behörden des Landes mit Blick auf die Prognosen für den Arbeitsmarkt und für das Fachkräfteangebot?

- *nicht aussagefähig*